

Antrag 2025/II/Org/9

Jusos Hamburg

Vielfaltsklausel bei Stellenausschreibungen der Landesorganisation SPD Hamburg & SPD Fraktion Hamburg und Einführung eines verpflichtenden Monitorings

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge, mit anschließender Weiterleitung an den SPD
2 Landesvorstand beschließen: Die SPD Hamburg als Landesorganisation und die SPD - Bürger-
3 schaftsfraktion Hamburg werden darum gebeten: 1. Sich als Arbeitgeber*in einer Vielfaltsklau-
4 sel zu verpflichten, Menschen zu stärken, die diskriminierten Gruppen angehören. Vergütete
5 Stellen der Partei/Fraktion sollen die gesellschaftliche Vielfalt Hamburgs widerspiegeln, damit
6 einhergehen: a) Eine gezielte positive Ansprache in Stellenausschreibungen mit der Vielfalts-
7 klausel: „Die SPD Hamburg setzt sich für eine vielfältige, inklusive und diskriminierungsfreie
8 Arbeitsumgebung ein. Wir begrüßen Bewerbungen von Menschen unabhängig von deren eth-
9 nischer oder sozialer Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter
10 oder sexueller Identität. Besonders ermutigen wir Menschen mit Diskriminierungserfahrun-
11 gen und Angehörige unterrepräsentierter Gruppen, sich zu bewerben. Bei gleicher Eignung,
12 Befähigung und fachlicher Leistung werden Bewerber*innen aus diesen Gruppen bevorzugt be-
13 rücksichtigt.“ b) Eine bevorzugte Einstellung unterrepräsentierter Gruppen bei gleicher Qualifi-
14 kation. c) Verpflichtende jährliche Schulung für Mitarbeiter*innen der Landesorganisation und
15 der Fraktion zu den Themen: Diversity, Interkulturelles, Antidiskriminierung 2. Ein verpflichten-
16 des, jährliches Monitoring zur Überprüfung der Einhaltung und Umsetzung der Vielfaltsklau-
17 sel. Der Landesvorstand wird in einem jährlichen Bericht darüber informiert. Der Bericht be-
18 inhaltet die ausgeschriebenen Stelle(n), die Anzahl der Bewerber*innen und ob Bewerber*in-
19 nen dabei waren, die die Kriterien der Vielfaltsklausel sowie die Eignung, Befähigung und fach-
20 liche Leistung der ausgeschriebenen Stelle erfüllen.

21 **Begründung**

22 Die Hansestadt Hamburg ist eine vielfältige Metropole, über ein Drittel der Bevölkerung hat ei-
23 ne Migrationsgeschichte, Menschen mit unterschiedlichen Lebensrealitäten, Perspektiven und
24 Erfahrungen prägen das gesellschaftliche Leben der Stadt. Diese Vielfalt sollte sich auch in den
25 Strukturen der SPD Hamburg widerspiegeln, insbesondere dort, wo politische Arbeit organi-
26 siert, gestaltet und umgesetzt wird.

27 Ein Blick auf die personelle Zusammensetzung der Landesorganisation und der Mitarbeiter*in-
28 nen der SPD-Fraktion zeigen, dass es in Bezug auf die Repräsentation von Mitarbeiter*innen
29 mit Migrationsbiografie noch Entwicklungspotenzial gibt, insbesondere im Vergleich zur ge-
30 gesellschaftlichen Vielfalt Hamburgs. Diese Beobachtung kann als wertvoller Impuls dienen, um
31 bewährte Strukturen weiterzuentwickeln und gezielt Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer
32 noch inklusiveren und vielfältigeren Organisation beitragen.

33 Eine Vielfaltsklausel ist dabei ein wirksames Instrument, um gezielt Menschen aus unterre-
34 präsentierten und diskriminierten Gruppen zu erreichen, ihnen den Zugang zur Parteiarbeit

35 zu erleichtern und ihre Perspektiven sichtbar zu machen. Dies umfasst nicht nur die Formulie-
36 rung von Stellenausschreibungen, sondern auch konkrete Maßnahmen bei der Auswahl von
37 Bewerber*innen. Das vorgeschlagene verpflichtende Monitoring gewährleistet, dass die Um-
38 setzung der Vielfaltsklausel nicht symbolisch bleibt, sondern systematisch überprüft und wei-
39 terentwickelt wird. Durch einen jährlichen Bericht an den Landesvorstand kann transparent
40 nachvollzogen werden, ob und wie die Ziele erreicht wurden und wo gegebenenfalls weiterer
41 Handlungsbedarf besteht.

42 Vielfalt in der Mitarbeiterschaft bedeutet nicht nur gerechtere Teilhabe, sondern auch eine in-
43 haltliche Bereicherung für die politische Arbeit. Unterschiedliche Lebenswirklichkeiten führen
44 zu neuen Sichtweisen und stärken die Fähigkeit der Partei, auf die Bedürfnisse aller Hambur-
45 ger*innen einzugehen.